

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 33.
Spätschriften der Redaction
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-5 Uhr.

Die die Rückgabe einzelner Nummern
kann nicht für die Redaction nicht
verbindlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Kimm, Universitätsstr. 22,
Eulstr. 24, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementpreis vierteljährlich 4^{fl.} 20^{kr.},
incl. Frachtposten 5^{fl.} 20^{kr.},
durch die Post bezogen 6^{fl.} 20^{kr.}
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserat 500 Pf. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spaltezeit 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorschuß.

№ 335.

Freitag den 5. November 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die hiesige Gasanstalt in den Jahren 1881 und 1882 erforderlichen aufzulegenden hydraulischen Verschlässe nebst Verschlußklappen soll an den Mindestfordernden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.
Das Verzeichnis der einzelnen Theile, Lieferungsbedingungen und Zeichnungen sind im Bureau der hiesigen Gasanstalt einzusehen oder gegen Erstattung der Copialgebühren in Empfang zu nehmen, die Offerten aber bis längstens

Donnerstag, den 25. November d. J. Nachmittags 5 Uhr

versiegelt und mit der Aufschrift: „Lieferung von hydraulischen Verschlässen für die Gasanstalt“ versehen, an die Rantiatour des Stadtrathes einzusenden oder abzugeben.
Nicht versiegelt oder verspätet eingegangene Offerten können keine Berücksichtigung finden.
Leipzig, den 4. November 1880.

Des Waths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Nachdem die in unserer Bekanntmachung vom 7. März d. J. als verloren angezeigten beiden Bagerische Nr. 10176 und 10183 nicht eingeliefert worden, haben wir heute Duplcat Bagerische ausgestellt und erklären die beiden alten Bagerische hiermit für erloschen und unwirksam.
Leipzig, den 4. November 1880.

Bagerhof der Stadt Leipzig.
Gether.

Der Reichskanzler als Handelsminister.

„Fürst Bismarck bleibt!“ Diese Kunde beherrscht auch heute noch die gesammte innere und äußere politische Lage. Die Kanzlerkrise ist in der That vorüber und alle Gerüchte sind widerlegt, denen zufolge ein Entlassungsgebot des leitenden Staatsmannes in das Cabinet des Kaisers gelangt sein sollte. Fürst Bismarck bleibt, und nicht einmal eine dauernde Veränderung in der Leitung und Organisation des Handelsministeriums scheint als Niederschlag der räthselhaften Vorgänge, aus denen die Krisengerüchte entsprungen, zurückbleiben zu wollen. Wie die „Nordd. Allgem. Zig.“ mittheilt, so hat nur zeitweilig wegen einer letzten Unwohlens der Reichskanzler eine Vertretung in der Leitung des Handelsministeriums gewünscht. Zugleich belehrt uns das genannte Blatt über die eigentlichen Gründe, welche den Reichskanzler veranlaßt hatten, die Leitung des preussischen Handelsministeriums zu übernehmen. Es war die Wahrnehmung, daß der Handelsminister, also Herr Hofmann, wichtige Gesetzentwürfe seines Ressorts, wie den über die Anzeigepflicht bei Fabrikunfällen, ohne Wissen und Zustimmung des Reichskanzlers bis zur Genehmigung durch den Bundesrath durchbringen konnte. Einem schädlichen Dualismus in der Vorbereitung der Reichsgesetzgebung wollte der Reichskanzler vorbeugen; er wollte Sicherheit haben, daß die Vorarbeiten zu den wirtschafts- und socialpolitischen Reformen, mit denen er sich trägt, in einem solchen Geiste geleitet werden, daß er die betreffenden Gesetzentwürfe nachher als Reichskanzler zu vertreten vermag. Diese Klagen über allzu selbständiges Vorgehen seiner Gehilfen in der Regierung müssen einermäßen überraschen, wenn man erwägt, wie wenig in den letzten Jahren in den Kreisen des Bundesrathes und der obersten Reichs- und Staatsbehörden von einem selbständigen Willen neben dem des Reichskanzlers zu merken gewesen.

Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen wird uns aus Berlin geschrieben: „Fürst Bismarck plant keineswegs, wie vielfach angenommen wurde, eine definitive Uebertragung des Handelsressorts auf Herrn v. Bütticher; dagegen hat er die Ernennung desselben zu seinem Stellvertreter in diesem Amt in bestimmteste Aussicht genommen. Wie es heißt, hat er denn auch bereits die allerhöchste Genehmigung zu dieser neuen Anordnung erlangt. Es kann das um so weniger Wunder nehmen, als Herr v. Bütticher bereits als Minister ohne Portefeuille dem Cabinet angehört, aber die Frage liegt nahe, weshalb man nicht dem jetzigen Reichssecretair des Innern gleichwie seinem Vorgänger Hofmann das preussische Handelsressort selbstständig übertragen hat. Denn daß es für den Leiter der ganzen deutschen und preussischen Politik auf die Dauer nicht angängig sein würde, die schwierigen Arbeiten gerade eines solchen Specialressorts nicht bloß zu leiten, sondern selbst zu schaffen, mußte vor Monaten schon auch dem Kaiser klar sein. Frei ich motivirt jetzt Fürst Bismarck seinen scheinbaren halben Rücktritt mit den Anforderungen, welche die auswärtige Lage und sein Gesundheitszustand an ihn stelle.

Aber die Wahrheit ist, daß nicht solche äußerlichen Gründe den Reichskanzler zu dem beschriebenen Arrangement bestimmten, sondern daß es ihm, ganz abgesehen von der technischen Arbeitsentlastung, vor Allem darauf ankomme, die Leitung für eine einheitliche und „frictionlose“ Führung der Geschäfte in der Hand zu behalten. Der wackere und geschmeidige Hofmann, der bisherige Handelsminister, hat es sich während seiner Amtsführung gewiß nicht träumen lassen, daß er zu Reibungen mit dem Fürsten Bismarck ganz persönlichen Anlaß gegeben habe, wie dies ihm neuerdings in Bezug auf das Zustandekommen des Unfall-Anzeigengesetzes vorgeworfen wird. Wenn also selbst einem so vornehmen und politisch unerschütterlichen Manne gegenüber Frictionen Platz greifen

konnten, dann weiß man nicht, ob man die beschriebene Selbstenttätigung oder die Vorsicht des Fürsten Bismarck mehr bewundern soll, der ähnlichen Vorwärtigkeiten dadurch zu begegnen gedenkt, daß er den stellvertretenden Handelsminister von vornherein in eine subalterne Stellung herabdrückt und ihm durch sein Organ, die „N. Allg. Zig.“, jede Verantwortlichkeit nicht bloß, sondern auch jede Initiative abschneidet.

Im Zusammenhang mit diesen geplanten Veränderungen im Staatsministerium gewinnt übrigens ein anderes Project des Fürsten Bismarck erneut an Interesse.

Es hat sich vielfach eine mißverständliche Auffassung von der Bedeutung der Absichten geltend gemacht, welche Fürst Bismarck bezüglich einer Umgestaltung des Reichsamts des Innern hegt. Bekanntlich wird ihm der Gedanke zugeschrieben, in dem letzteren eine besondere Abtheilung für Handel und Gewerbe zu errichten und in dieselbe diejenigen Räte aus dem preussischen Handelsministerium zu versetzen, welche ihm für die Durchführung seiner neuesten socialpolitischen Pläne die größte Zuverlässigkeit zu gewähren scheinen. Man fragt man sich aber vergebens, woher denn so plötzlich die Einsicht gekommen sein könnte, daß das Reichsamt des Innern durchaus einer neuen Abtheilung bedürfe und gerade einer solchen für Handel und Gewerbe. Bisher wenigstens konnte es Niemand anders, als daß dieser letzte Rest des ehemaligen vielumfassenden Reichskanzleramts durch alle Abtheilungen und Einheiten der letzten Jahre sich gerade den Charakter einer wirtschaftlichen Centralstelle bewahrt, ja denselben immer ausgeprägter herausgebildet habe. Alle anderen Functionen, die vormalig in der Person Desbriés nominell vereinigt waren, sind nach und nach selbstständigen Reichsbehörden überwiesen worden, das Justizamt, das Patentamt, das (inzwischen wieder eingegangene) Reichsamt für Ufa-Kottingen &c. Nur diejenigen Aufgaben sind dem Reichsamt des Innern gelassen worden, für welche jetzt eine mit so sonderbaren Motiven erklärte Vermehrung der Arbeitskräfte vorgenommen werden soll. Mit Nichten hat die Vorbereitung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Vorlagen an den Reichstag einzig dem preussischen Handelsministerium obzulegen, wie dies jetzt mehrfach dargestellt wird, sondern die Räte des Reichsamts des Innern sind mit diesen Entwürfen stets in nicht minderen Grade befaßt worden. Weshalb denn also Fürst Bismarck hier eine neue Abgrenzung vornehmen will und in welcher Weise er die jetzigen Räte im Ressort des Herrn v. Bütticher beschäftigen oder vielmehr von aller ihm nicht ganz genehmen Beschäftigung fernzuhalten beabsichtigt, das läßt sich wohl erklären, darüber laufen sogar recht pikante Gerüchte um, aber auf derartige Art, wie sie kürzlich versucht worden, läßt es sich unmöglich erklären. Etwas Anderes ist ja die rein praktische Frage, ob sich eine Verschmelzung der Arbeitskräfte im preussischen Handelsministerium mit demjenigen im Reichsamt des Innern empfehlen oder nicht. Aber schwerlich würde der Reichskanzler diese doch eigentlich nebensächliche Angelegenheit mit so großem Eifer betreiben, wenn er nicht den Wunsch hegte, einige ihm nicht ganz bequeme Persönlichkeiten auf jarte Weise — saltusstellen, wie man's unverblümt nennen darf.

Wägen die socialpolitischen und sonstigen Wirtschaftspläne des Fürsten Bismarck auch in dem natürlichen Schwergewicht der Verhältnisse den stärksten zu überwindenden Widerstand finden, so verlorpert sich dieses Widerstreben doch zunächst in Personen, die man nicht bloß in Interessententreisen oder in parlamentarischen Körperschaften zu suchen hat, sondern die sich auch in der unmittelbaren amtlichen Umgebung des leitenden Staatsmannes finden lassen dürften. Darauf deuten neuerdings auch die Officiellen ganz unverhüllt hin, indem sie von den Frictionen sprechen, die sich aus der doppelten Bearbeitung derselben

gesetzgeberischen Entwürfe in zwei verschiedenen Ressorts ergeben, welche äußerlich unvermittelt einander gegenüber stehen.“

Mag die geplante Arbeitstheilung geregelt werden in diesem oder jenem Sinne: Fürst Bismarck bleibt! und diese Thatfache genügt, um den parlamentarischen Aufgaben der nächsten Zeit die allerbestimmteste Richtung zu geben.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. November.

Die Zeiten ändern sich. Während sonst die offizielle Presse in Preußen die Centrumspartei mit größtem Eifer genossen behandelt, wird heute von dieser Seite ein ganz anderer Ton gegen den parlamentarischen Jesuitismus beliebt. So spricht sich die amtliche „Provinzial-Correspondenz“ über die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus folgendermaßen aus:

Freiherr von Deere man, der bei der Präsidentenwahl unterlag, ist zwar krank und hatte auch sein Richterscheitern bei dem Kölner Domstift mit Krankheit entschuldigt; aber die Entscheidung trifft eben nicht seine Person, sondern nur ihn als Repräsentanten einer Partei, welche selbst jene Gelegenheiten nicht entgehen ließ, im offenkundigen Gegensatz gegen den Willen des Monarchen Politik zu treiben und zwar unpreussisch ultramontane Politik. Er hat daher seine Niederlage einfach seiner Partei zu danken. Einer der Centrumsführer (Herr Bindtjorn), der größte Staatsmann der Jetztzeit, wie ihn die ultramontanen Blätter seit Kurzem nennen, mag diese Politik empfohlen haben; die erste Probe, die er von seiner neuen Eigenschaft ablegte, war aber nicht so glänzend: sie brachte dem Centrum im Abgeordnetenhaus eine empfindliche Niederlage bei.

Die erste Etatsberatung, die in den nächsten Tagen an die Tagesordnung des preussischen Abgeordnetenhauses kommt, wird bei den tieferliegenden Finanz- und fesseralpolitischen Fragen, die diesmal zur Erörterung kommen müssen, sich voraussichtlich zu einer langen und eingehenden Debatte gestalten. Ebenso wird dies mit der demnächst zu erwartenden Gesetzbildung der Fall sein, welche die Verwendung der aus neuen Reichsteuern fließenden Einnahmen regeln will. Das Abgeordnetenhaus wird in dieser Beziehung dem Reichstag sehr wirksam vorarbeiten. Die Session wird durch den unvorhergesehenen Umfang, in welchem die Steuerfrage an sie herantritt, eine Wichtigkeit und auch eine Ausdehnung gewinnen, wie man es nicht vorausgesehen hatte.

Der preussische Etat pro 1881/82 erwähnt u. A. die traurige Thatfache, daß die Inhaber des alten Eisernen Kreuzes ausgestorben sind, und die Ausgabe für diesen Titel erspart werden konnte. — Die Gesamtsumme des preussischen Etats 1881/82 soll ca. 1,935,000,000 Mk. betragen.

Für die seit Jahren in Aussicht gestellte Verbesserung der Gehälter der preussischen Volksschullehrer findet sich in diesjährigen Etat wieder einmal kein Betrag ausgesetzt. Auch hierin zeigt sich das Bestreben, durch Vermehrung aller irgend ausschlebbaren Mehrausgaben eine möglichst glänzende Haltung des Gesamtetats herbeizuführen. Die Frage ist nur, ob in der That die hier außer Ansatz gelassenen Summen für die Verbesserung der vielfach so traurigen Lage der preussischen Volksschullehrer sich als ausstehbare ansehen lassen. Wenn sich nur darum handelt, die Lehrer noch ein Jahr länger hinzuhalten, so möchte ja nichts dagegen zu sagen sein; allein sie haben nun schon gar zu viele Jahre auf die stets in Aussicht genommenen Zulagen vergebens gewartet und es sollte ihnen daher wohl endlich nach Recht und Billigkeit das vielbesprochene Minimalgehalt durchgängig gewährt werden; statt dessen aber steht zu fürchten, daß sie auch auf eine ganze Reihe von Jahren hinaus noch nicht auf Gehaltsverbesserung rechnen können.

Am Capitel der Frictionen mag bemerkt werden, daß die Nachricht, Graf Limburg-Sylrum, bisher Gesandter in Weimar, der in den letzten Jahren mehrfach als Vertreter des Staatssecretairs des Auswärtigen während dessen Vertretung fungirte, wolle den Reichsdienst verlassen, großes Aufsehen macht. Der Ehrgeiz des Grafen scheint durch den Posten in Weimar nicht befriedigt zu sein. Die Pariser Meldung, daß Herr v. Radomiz sich direct von dort auf seinen Posten in Athen begeben werde, stößt in Berlin noch auf Zweifel. Auch Herr v. Radomiz scheint von der unersrlichen Temperatur, die in dem Auswärtigen Amte herrscht, nicht unberührt geblieben zu sein. Die Wirkung derselben äußert sich, wie es scheint, dem Fürsten Hohenlohe gegenüber dadurch, daß die „Norddeutsche“ die Reiz des „D. Montagsblattes“, Fürst Hohenlohe sei in Berlin besser zu entbehren als in Paris, ohne Bemerkung abdruckt. Ob und wann Graf Haysfeld nach Berlin kommt, darüber verlautet noch nichts, dagegen wird aus Wien gemeldet, Prinz Reuß habe einen Urlaub angetreten.

Wie officiell verlautet, wird der Etat der Reichskanzlei in den Ausgaben um 6000 Mark vermehrt werden zur Befolgung eines ordentlichen Hilfsarbeiters, dem die Vertretung des Vorsitzers Herrn Geh. Rath Liedemann in gewissen Fällen übertragen werden sollte. Wie jetzt verlautet, ist die neu zu schaffende Stelle dem jüngeren Sohne des Reichskanzlers, Reichstagsabgeordneten Grafen Wilhelm Bismarck, zugedacht. Bewährt sich Das, so wäre die Arbeit ausgegeben, den jungen Staatsmann zunächst durch die Verwaltung eines Landrathsamtes sich im praktischen Dienste üben zu lassen. Bisher fungirte zumeist Graf Herbert Bismarck, der ältere Sohn des Fürsten Reichskanzlers, als Hilfsarbeiter des Vaters.

Die Demokraten der sogenannten „Volkspartei“, deren parlamentarischer Vertreter der Abg. Sonnemann ist, haben am Sonntag bei einem Versuche, den liberalen pfälzler Wahlkreis Kaiserslautern-Rheinheimbolen für ihre Sache zu erobern, ein gründliches Fiasko erlitten. Eine in Rodenhäuser von den sogenannten Demokraten einberufene Versammlung aller „freihetlich gesinnten Männer des Gaus“ nahm nach einer längeren Debatte, welche auf eine Rede des Herrn Sonnemann folgte, mit allen gegen 1 Stimme, nachdem die Demokraten — einige Branzig an der Zahl — den Saal verlassen hatten, folgende Resolution an: „Die Volksparteiversammlung in Rodenhäuser erklärt, daß sie aus dem Standpunkte, den die freisinnige Partei bisher eingenommen hat, verharren will, daß sie unter ganz positiver Festhaltung an allen freiheitlichen Tendenzen sich gegen die Bestrebungen der demokratischen Partei ausspricht, weil sie dieselben als gegen die heutige Gestaltung des Deutschen Reiches und dessen Wachsthum nach außen gerichtet betrachtet.“ Es war umsonst, daß die Demokraten, an ihrer Spitze Herr Sonnemann, auf das Lebhafteste gegen diese Resolution protestirten.

Nach officiellen Mittheilungen erweisen sich die Nachrichten über bevorstehende Veränderungen bezüglich der Besetzung einstufiger militärischer Stellen als vollständig unbegründet, da nach dem neuesten Militair-Ministerial-General-Lieutenant von Drigalsky, bisher Commandeur der 15. Cavallerie-Division in Reg., zum Commandeur der 19. Division, und General-Major von Wright zum Commandeur der 15. Cavallerie-Division ernannt worden ist.

Die Delegationsberatungen in Pest haben (oder hatten), eine Kriegsminister-Krise im Gefolge, die freilich nicht sehr bedrohlich ist und auch kaum mit dem Rücktritte des Grafen Splanzi endigen wird. Dieser hat nämlich sein Verbleiben im Amte ausdrücklich von der Bewilligung seines Budgets mit Ausnahme einiger kleinerer Posten abhängig gemacht, und trotzdem hat Anfangs dieser Woche der Budget-Ausschuß der österreichischen Delegation einen Abschluß von 1^{1/2} Millionen Gulden, welcher durch eine spätere Einberufung der Rekruten ermöglicht werden soll, zum Beschlusse erhoben. Es ist nun mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Ausschussbeschlusse bei einer gemeinsamen Abstimmung der beiden Delegationen im Sinne des Kriegministers umgeändert werden wird.

Bei der schweizer Volksabstimmung über die Frage der Bundesoberaufsichtskredition haben laut amtlicher Mittheilung 247,918 Actiobürger mit „Rein“ und 119,887 mit „Ja“ gestimmt. Die Revisionssagatoren, an deren Spitze Nationalrath Dr. Joos und Herr Curti, Redacteur der „Zürcher Post“, stehen, haben also ein großartiges Fiasko gemacht, wie dies ja immer mit Rücksicht in das Volk hineingetragenen Agitationen der Fall zu sein pflegt. Ein Mehr für die Revision ergab sich nur in fünf Cantonen, nämlich Glarus, Schaffhausen, Appenzell a. Rh., St. Gallen und Graubünden.

Im italienischen Kriegsministerium ist ein Gesetzentwurf, die Einführung der „Wehrsteuer“ in Italien betreffend, in Vorbereitung. Derselbe dürfte bereits in der laufenden Parliamentssession zur Vorlage kommen. Die Minimalsteuer würde, wie verlautet, auf 2^{1/2} Francs jährlich besteuert werden. — Die „Italia“ fordert in einem Leitartikel über die von Italien zu befolgende Politik die Regierung auf, sie möge die gemeinschaftliche Action mit England ausgeben. Sie sagt, wenn die britische Regierung Griechenland Cypus und Thessalien geben wolle, so möge sie es mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln thun, wenn sie es wünsche, aber Italien würde besser daran thun, sich mit seinen eigenen inneren Angelegenheiten zu beschäftigen. Gladstone scheint trotz seiner bisherigen Niederlagen seine Actionspolitik fortsetzen zu wollen. England verhandelt mit Italien und Frankreich, um sofort nach der Abtretung Ducigno